Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk M 20 (Familienanzeigen und Stellengesuche Behördlicher 15), auswärts 25, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 60, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 55, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12220.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Lößnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 31 und 91. Lößnitz (Amt Aue) 440. Schneeberg 10. Schwarzenberg 2551. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirgsbirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 9. Sonnabend, den 11. Januar 1930. 83. Jahrg.

Amtliche Anzeigen.

Montag, den 13. Januar 1930, 11 Uhr sollen in Zschorlau **1 Klavier, 1 Kleiderschrank, 1 Pfeilerspiegel, 1 Sprechapparat,** öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Treffpunkt der Bieter: Gasthof zum Roß, Zschorlau.

Die Vollstreckungsstelle des Finanzamts Aue.

Die am 17. November 1929 erfolgte Wahl der Stadtverordneten ist in deren Sitzung vom 7. Januar 1930 für gültig erklärt worden.

Schneeberg, den 9. Januar 1930. **Der Stadtrat.**

---

1. Nachtrag zur öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten zu Schwarzenberg

Freitag, den 10. Januar 1930, abends 7 Uhr

im Zeichensaal der 1. Bürgerschule (1. Obergeschoß).

7. Beschlußfassung wegen der Wahl der Ausschüsse gemäß § 11 des Ortsgesetzes über das Verfahren bei Wahlen der Ausschüsse usw. vom 1. 4. 1924.

Schwarzenberg, den 8. Januar 1930.

(gez.) Dr. Nietzsch, Bürgermeister.

Rutzholz-Versteigerung. Staatsforstrevier Lauter.
(Antonsthaler Teil).

Dienstag, den 21. Januar 1930 von vormittags 11 Uhr an in „Pötzsch Restauration" in Schwarzenberg.

4185 **w. Klöße** 7—14 cm = 203 fm., 2131 dgl. 15—19 cm = 234 fm., 1087 dgl. 20—24 cm = 189 fm., 501 dgl. 25—pp. cm = 148 fm., 57 **w. Derbstangen** Kl. I. 29 dgl. Kl. II Aufbereitet in Abt. 126, 130, 131 (Kahlschläge und Wegeaufhiebe).

Sämtliche Klöße sind entrindet. Durchschnittliche Entfernung von den Verladestationen 2—5 km.

Forstamt Lauter. **Forstkasse Schwarzenberg.**

Brennholzversteigerung. Staatsforstrevier Bockau.

Sonnabend, den 18. Januar 1930, nachmittags 2 Uhr im Hotel „Sachsenhof" in Bockau.

1,5 rm h. Brennscheite,
120,0 „ w. „
12,0 „ w. Brennknüppel,
3,0 „ h. Zacken,
70,0 „ w. „
2,0 „ h. Aeste,
52,0 „ w. „
320,0 „ w Streureisig.

Aufbereitet in den Abt. 3, 7, 8, 13, 14, 15, 28, 47, 48, Plenterschläge Abt. 20, 26, 27, 30, Vorentnahmen, Abt. 34, 42, 47, Durchforstungen.

Forstamt Bockau, den 9. Januar 1930.

Forstkasse Schwarzenberg.

Rutzholzversteigerung. Staatsforstrevier Bockau.

Freitag, den 24. Januar 1930, nachmittags 2 Uhr im Fremdenhof „Burg Wettin" in Aue.

Fi. Klöße:	4358	Stück	7—14 cm	mit 154.—	fm.
	2971	„	15—19 „	„ 329.—	„
	2352	„	20—24 „	„ 423.—	„
	906	„	25—29 „	„ 190.—	„
	384	„	30—34 „	„ 112.—	„
	98	„	35—pp. „	„ 46.—	„
Fi. Reisstangen:	500	Stück	Klasse 7		
	3260	„	„ 6		

Aufbereitet in den Abt. 3, 7, 8, 13, 14, 15, 28, 47, 48, Plenterschläge Abt. 20, 26, 27, 30, Vorentnahmen. Abt. 34, 42, 47, Durchforstungen.

Versteigerungsauszüge durch die Forstkasse Schwarzenberg.

Forstamt Bockau, den 9. Januar 1930.

Forstkasse Schwarzenberg.

Vor dem Kompromiß.

Die Hand der Franzosen in der deutschen Innenpolitik.

Das Kernstück der Haager Verhandlungen, die Sanktionsfrage, geht langsam aber sicher ihrer Lösung entgegen. Im Laufe der Verhandlungen ist das Interesse in den Vordergrund getreten, welches Paris an der deutschen Innenpolitik hat. Durch die Androhung von Sanktionen „im Falle der bewußten und absichtlichen Lossagung Deutschlands vom Youngplan" soll eine etwa kommende Rechtsregierung daran gehindert werden, eine Abänderung der Tributlasten herbeizuführen. Die Franzosen hoffen, dadurch dem nationalen Deutschland den Geschmack an der Uebernahme der Regierung von vornherein zu verekeln. Ihnen hat die deutsche Sozialdemokratie so vorzügliche Dienste geleistet, daß sie sich für alle Zukunft keinen besseren Partner wünschen können. Das beruht völlig auf Gegenseitigkeit, bekommt doch den Genossen die französische Umarmung ganz ausgezeichnet. Ihren Parteibestrebungen leistet die französische Politik unbezahlbare Dienste. Man möchte sich gegenseitig nicht missen.

Nachdem die außenpolitische Selbständigkeit Deutschlands im Laufe der sog. Erfüllungspolitik vor die Hunde gegangen ist, sind wir also auf dem Wege, auch an unserer innenpolitischen Handlungsfreiheit schwerste Einbuße zu erleiden. Die Franzosen bestimmen schließlich, wer in Deutschland regieren darf. Das ist ein Zustand, der unser Vaterland zu einer Kolonie Frankreichs macht. Demgegenüber sei in Erinnerung gebracht, daß während des Kampfes um das Volksbegehren leibhaftige Reichsminister erklärten, durch den Youngplan werde die volle deutsche Souveränität wieder hergestellt. Wir nehmen nicht an, daß diese Herren damals bewußt die Unwahrheit gesagt haben. Mindestens haben sie sich in der lebenswichtigsten Frage, die Deutschland berührt, einer vollkommenen Täuschung hingegeben. Sie müßten deshalb spätestens in dem Moment der Annahme der Sanktionsbestimmungen ihre Unfähigkeit zu regieren bekennen und ihren Platz zur Verfügung stellen. Das wäre im Sinne wahrer Demokratie gehandelt. Aber wer kümmert sich in Wirklichkeit in der auf demokratischer Grundlage errichteten Republik noch um demokratische Grundsätze?

Haag, 9. Jan. Heute gab der niederländische Außenminister Beelaerts van Blokland mehreren Hauptdelegierten der Haager Konferenz ein Frühstück, an dem auch der deutsche Reichsaußenminister Dr. Curtius teilnahm. Die Königin veranstaltete abends einen Empfang.

Das „glückliche Ende" in Sicht.

London, 10. Jan. Reuter meldet: Die Deutschen nahmen Snowdens Erinnerung daran, daß die Zeit für eine eingehende Erörterung über technische Frage zu kurz ist, wohlwollend hin. Die deutsche Delegation bereitet in der Sanktionsfrage Gegenvorschläge zu den französischen Anregungen vor. Es bestehe aller Grund zu der Annahme, daß sehr bald ein Kompromiß erzielt werden wird. Man glaubt zuversichtlich, daß innerhalb einer Woche die Aufgabe der Konferenz erfolgreich beendet sein wird.

•

„Da die Deutschen nicht abgeneigt sind . ."

Englands Haltung in der Sanktionsfrage.

London, 9. Jan. Ueber den englischen Standpunkt in der Sanktionsfrage berichtet „Daily Herald": Französischerseits ist versucht worden, Snowden für die Aufrollung der Sanktionsfrage verantwortlich zu machen. Der Schatzkanzler erklärt alle Meldungen über eine britische Einmischung in die französisch-deutschen Verhandlungen über diese Frage für unrichtig. Er glaubt, daß die Frage besser nicht erwähnt worden wäre. Gewisse Teile des Versailler Vertrages sind bereits durch die Ereignisse der letzten zehn Jahre aufgehoben worden, und der Young-Plan selbst geht von der unausgesprochenen Annahme aus, daß die Gläubiger auf jede künftige militärische (!) Wiederbesetzung deutschen Gebietes verzichten. Da aber Tardieu eine juristische Formel gegen eine unerwartete Auslegung des Young-Planes wünscht, und da die Deutschen nicht abgeneigt sind, eine derartige Verpflichtung einzugehen, hat Snowden keinen Widerspruch erhoben. Wenn daher ein Dokument vorgelegt wird, das die Zustimmung der Franzosen und der Deutschen hat, dann wird es in wohlwollendem Geiste geprüft werden. Das Blatt fügt hinzu, in den rein finanziellen Fragen sei infolge des hartnäckigen Widerstandes der deutschen Delegierten gegenüber den Vorschlägen der Gläubiger wenig oder gar kein Fortschritt erzielt worden.

•

Der erledigte Zwischenfall.

Haag, 9. Jan. Nachdem der persönliche Zwischenfall erledigt ist, haben Tardieu und Briand heute vormittag die deutsche Delegation aufgesucht, um mit ihr über den französischen Sanktionsvorschlag zu verhandeln. Die Unterredung dauerte über eine Stunde. Wie man hört, haben die deutschen Unterhändler sich bereitgefunden, diese Pläne auf der Grundlage der französischen Vorschläge zu besprechen. Diese bestehen bekanntlich aus zwei Teilen: 1. Verfahren im Rahmen und unter der Herrschaft des Youngplanes. Hier sollen Sanktionen, wie es eigentlich selbstverständlich ist, wegfallen. 2. Verfahren, wenn der Youngplan ganz oder teilweise zerrissen wird.

Für den zweiten Fall haben die Franzosen die Möglichkeit angeführt, daß eine Regierung Hugenberg sich vom Youngplan lossagen könne. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß dann auch alle Organe des Youngplanes selbst automatisch außer Kraft gesetzt würden und das Friedensdiktat einschließlich der Sanktionen wieder volle Geltung erhalten müsse.

•

Zahlungsdatum und Moratorium.

Teilweise Einigung.

Haag, 9. Jan. Die heutige Vollversammlung beriet hauptsächlich über das Zahlungsdatum. Obwohl sie ohne heftige Auseinandersetzungen und formell durchaus störungsfrei verliefen, war eine Einigung nicht zu erzielen. Der Forderung der Gegenseite, daß Deutschland jedesmal am 15. d. M. zahlen solle, statt am Letzten, gaben die deutschen Delegierten nicht nach. Es kam dann heute nachmittag ein Gegenvorschlag zur Erörterung, wonach Deutschland zwar am 15. zahlen solle, die Beträge aber erst am 30. an die Gläubiger überwiesen werden sollen. Die Zinsen sollen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zur Deckung ihrer Unkosten überwiesen werden, so daß sie Deutschland als einem, wenn auch bescheidenen Beteiligten der Bank wieder zugute kämen. Da nach dem Plan die Unkosten von den Gläubigern zu zahlen sind, würde sie Deutschland bei Annahme dieses Vorschlags in der Form des Zinsverlustes zu tragen gehabt haben. Auch dieser Vorschlag ist deshalb von deutscher Seite abgelehnt worden und es ist vorgeschlagen worden, die Entscheidung der Frage einem Schiedsrichter, etwa Owen Young, zu übertragen. Das ist wiederum von der Gegenseite abgelehnt worden.

Im folgenden Punkte, der die Rechte Deutschlands zur Erklärung eines Moratoriums betrifft, ist eine Einigung darüber erzielt worden, daß dieses Recht an keinerlei Voraussetzung gebunden und nur Deutschlands alleiniger Entscheidung unterworfen ist. Die Zustimmung der übrigen Mächte ist erteilt worden auf Grund einer von den Juristen formulierten Erklärung, die dieses Recht Deutschlands ebenso wie die im Youngplan enthaltene Verpflichtung eindeutig formuliert, von dem Moratoriumsrecht nur im Falle eines wirklichen Bedürfnisses Gebrauch zu machen.

Paris, 10. Jan. „Echo de Paris" meldet aus dem Haag über die aufzulegende erste Reparationsanleihe, die nach französischer Ansicht, wahrscheinlich, ebenso wie die Dawesanleihe, 800 Millionen RM. betragen soll: Bei den Vorbesprechungen vor einigen Wochen sei eine Verständigung über diese Anleihe nicht erzielt worden. Um die Deutschen zu bewegen, an der Reparationsanleihe teilzunehmen, beispielsweise durch Uebernahme des vierten Teiles, suche man eine Kombination, die es ihnen ermögliche, unter gewissen Bedingungen den Pariser Markt für innere deutsche Geldbedürfnisse in Anspruch zu nehmen.

Die „Souveränität".

Koblenz, 9. Jan. Die Arbeiten zur „Entmilitarisierung" der Bahnstrecke Bad Münster a. Stein-Odernheim sind zum größten Teil durchgeführt. Nach Beseitigung der Gleisanlagen wird als letzte Aufgabe jetzt auch noch die über die Nahe führende Brücke abgebrochen.

Die zur Zeit in einem Kreuznacher Lichtspielhaus laufende Ufa-Wochenschau, die den Abbruch der Gleisanlagen auf der Strecke Odernheim-Münster am Stein zeigt, wurde von der Besatzungsbehörde verboten.

In Hechtsheim wurde der Arbeiter Joseph Fleck von drei Besatzungsangehörigen überfallen und beraubt. Die Soldaten hielten ihm, während sie seine Taschen durchsuchten, den Mund zu und nahmen ihm die Geldbörse, die Tabakspfeife und den Tabak ab. Schließlich versetzten sie ihm drei Stiche in den Kopf. Die Namen der Soldaten konnten festgestellt werden.

Das Zündholzmonopol vom Reichsrat angenommen.

Verlängerung des Reichsmietengesetzes.

Berlin, 9. Jan. Der Reichsrat erklärte sich damit einverstanden, daß die Geltungsdauer des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes je um zweieinviertel Jahr bis zum 30. Juni 1932 verlängert wird. Beide Gesetze würden Ende April 1930 ablaufen. Angenommen wurde weiter das Zündwarenmonopolgesetz. Hier hatten die Ausschüsse zwei wesentliche Aenderungen an der Regierungsvorlage vorgenommen. Erstens hatten sie die Ausnahmestellung der Konsumgesellschaften beseitigt und zweitens beschlossen, daß der in dem Gesetz festgesetzte Kleinverkaufspreis von 30 Pfg. für das Paket nicht ein Höchstpreis, sondern ein Festpreis sein sollte.